

Frauen- und Männer-Arbeit neu verteilen

Autor(en): **Larcher, Marie-Therese**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **52 (1996)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frauen- und Männer-Arbeit neu verteilen

Arbeit ist ungleich und ungerecht verteilt. In der Erwerbsarbeit geben weiterhin die Männer den Ton (und den Lohn) an. Arbeit für Familie und Gemeinschaft dagegen wird auch heute weitgehend den Frauen überlassen. Die GeGAV-Initiative will mit Hilfe eines Verfassungsartikels eine vollkommen neue Sicht der Dinge zur Debatte stellen. Marie-Therese Larcher berichtet.

Es wird immer offensichtlicher, wie unzulänglich unsere gegenwärtige Arbeitsverteilung ist. Die Frauen sind unzufrieden sowohl mit der Aufteilung der Erwerbsarbeit, die sich für sie bis in die Sozialversicherung negativ auswirkt wie mit der gesellschaftlich notwendigen Gratisarbeit, die vor allem von ihnen geleistet wird. Zudem wird allmählich die Arbeitslosigkeit, sei sie nun struktur- oder rezessionsbedingt, zu einer nicht nur finanziell untragbaren Belastung. Gewisse wirtschaftliche Modelle sehen eine Lösung der Probleme in der 30- oder 28-Stundenwoche, andererseits meldeten sich am diesjährigen Frauenkongress Stimmen zu Wort, die die Gratisarbeit umverteilen möchten.

Dualismus Arbeitszeit/Freizeit überholt?

Der Sozialethiker Prof. Hans Ruh will "die Arbeit neu erfinden für eine solidarische und überlebensfähige Welt" und den heutigen Dualismus Freizeit/Arbeitszeit durch ein differenziertes Modell ersetzen: Freizeit, entschädigte Arbeit, Eigenarbeit, obligatorische Sozialzeit, informelle Sozialzeit (ehren-

amtliche Arbeit), Ich-Zeit, Reproduktionszeit. Seine Hauptforderung: eine Entkoppelung von Arbeit und Lohn.

In eine ähnliche Richtung zielen die Vorschläge der CVP-Frauen vom Frühjahr 1995: Herabsetzung der Erwerbsarbeitszeit für Frauen und Männer und Verwendung der damit frei werdenden Zeit für andere Aufgaben.

Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung

Die GeGAV (Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung) wurde 1994 mit dem Ziel gegründet, bezahlte wie unbezahlte Arbeit gerecht zwischen Männern und Frauen aufzuteilen. Die GeGAV geht davon aus, dass die Gleichstellung von Frau und Mann langfristig zu erreichen ist, wenn neben der traditionellen Familie partnerschaftliche Lebensformen eine echte Chance haben. Frauen und Männer sollen im erwerbsfähigen Alter Zugang zum Arbeitsmarkt haben, u.a. mit Hilfe von massiven Arbeitszeitverkürzungen. Je nach Branche, Beruf und persönlichen Bedürfnissen sind unterschiedliche Lösungen in Form von

geringerer Tages-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit denkbar. Die unbezahlte, gesellschaftlich notwendige Arbeit (Haushalt, Erziehung, Alterspflege usw.) soll auf eine Weise verteilt werden, dass niemandem eine soziale oder berufliche Benachteiligung droht. Schliesslich soll der Bund die Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung und Umschulung verbessern, denn nur so sind ArbeitnehmerInnen gegen Arbeitslosigkeit gewappnet und bleibt die Schweiz als Wirtschaftsstandort attraktiv.

Diskussion des Wertewandels

Nach den Sommerferien soll die Initiative lanciert werden. Erwünscht ist

eine breite Diskussion des anstehenden Normen- und Wertewandels. Die als Verein organisierte GeGAV ist ein überparteilicher Zusammenschluss, der allen Interessierten offen steht. "Wir haben keine Berührungängste gegenüber linken und rechten Parteien, gegenüber Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbänden," heisst es im Kurzportrait. Der Vorstand wird von einem Co-Präsidium geleitet, das sich aus Hannah Einhaus, Bern und Prof. Dr. Hans Würigler, Pfäffikon ZH zusammensetzt. Gegenwärtig ist der Verein klein; sollen innerhalb von 18 Monaten die nötigen Unterschriften zustande kommen, ist er auf kräftige Unterstützung - auch von Frauenorganisationen - angewiesen.

Vorgeschlagener Verfassungsartikel

Art 34 octies: Arbeitsverteilung

1. Der Bund trifft Vorkehren, damit
 - a) alle Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können - insbesondere durch Verkürzung der Arbeitszeiten und Förderung verschiedener Formen der Arbeitsverteilung;
 - b) eine gleichberechtigte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Nichterwerbsarbeit sowie von Diensten im Interesse der Allgemeinheit zwischen den Geschlechtern ohne berufliche und soziale Benachteiligung möglich ist;
 - c) allen Menschen im erwerbsfähigen Alter eine angemessene berufliche Weiterbildung oder Umschulung ermöglicht wird.

Uebergangsbestimmung:

Wenn die zur Ausführung dieses Verfassungsartikels notwendige Bundesgesetzgebung nicht innert fünf Jahren nach dessen Annahme in Kraft tritt, so trifft der Bundesrat auf dem Verordnungswege die erforderlichen Vorkehren; diese bleiben bis zur gesetzlichen Regelung in Kraft.